



## Pressemitteilung

### Öffentliche Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“

Berlin, 22. Februar 2012

**Herausgeber:**

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen  
PuK 1

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-37171  
Fax: +49 30 227-36192  
pressereferat@bundestag.de

**Zeit:** Mittwoch, 29. Februar 2012, 17:00 Uhr

**Ort:** Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.600

Mit der aktuellen Situation beim Bundesfreiwilligendienst sowie beim Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) befasst sich der Unterausschuss am 29. Februar 2012 in einem Expertengespräch. Als Reaktion auf die Aussetzung des Wehr- und Zivildienstes wurde zum 1. Juli 2011 ein Bundesfreiwilligendienst eingeführt, der sich im Gegensatz zu den bereits bestehenden Jugendfreiwilligendiensten FSJ und FÖJ an Frauen und Männer jedes Alters richtet und im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich oder im Zivil- und Katastrophenschutz sowie im Bereich des Sports und der Integration ausgeübt werden kann. In der Sitzung soll eine erste Zwischenbilanz gezogen und diskutiert werden, ob und inwiefern Nachjustierungen bei beiden Freiwilligendienstformaten notwendig sind.

Zu dem Expertengespräch sind u. a. Dirk Hennig (Bundesarbeitskreis FÖJ), Martin Schönwandt (Deutsche Sportjugend), Martin Schulze (Bundesarbeitskreis FSJ), Dr. Gerhard Timm (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege), Sabine Ulonska (Malteser Hilfsdienst) und Clemens Graf von Waldburg-Zeil (Deutsches Rotes Kreuz) eingeladen.

Interessierte Zuhörer werden gebeten, sich bis zum 27. Februar 2012 beim Ausschuss unter [buergerschaftliches.engagement@bundestag.de](mailto:buergerschaftliches.engagement@bundestag.de) mit Namen, Vornamen und Geburtsdatum anzumelden. Wir bitten um Verständnis dafür, dass die Anmeldung aus Kapazitätsgründen nicht immer den Zugang garantieren kann.

**Alle Medienvertreter benötigen zum Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle.**

**Bild- und Tonberichterstatter werden gebeten, sich beim Presseferat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden.**

Bitte im Sitzungssaal Mobiltelefone ausschalten!